

„Wir sind nicht machtlos!“

Der kürzlich verstorbene Liedermacher und das Sprachrohr der Anti-AKW-Bewegung Walter Mossmann schreibt in seinen Erinnerungen:

Die eigentliche Studentenbewegung begann für mich exakt am 1. Februar 1968. Ich kam wie an jedem Werktag mit dem Auto vom Schwarzwald herunter nach Freiburg, wollte durch Martinstor zum Bertoldsbrunnen und dort wie üblich links zur Uni abbiegen. [...] An diesem Donnerstag [...] war Freiburgs zentrale Straßenkreuzung am Bertoldsbrunnen erstmals für den Verkehr gesperrt. Nicht von Umweltaktivisten, sondern von Demonstranten, die gegen die Fahrpreis-Erhöhung bei Straßenbahn und Bus protestieren wollten. Die meisten waren Schüler [...]. Einerseits war ich sauer, weil mir die Schüler den Weg versperrten, [...] andererseits hat mir das spontane politische Aktionstheater gefallen, vor allem der schön hinterlistige Sprechchor: „Gleich wird's grün!“ Die jugendlichen Verkehrsteilnehmer – es waren wohl einige hundert, später tausend – klumpten sich auf dem Trottoir und strömten bei Grün auf die Straße. Beim Überqueren der Straße ließen sie sich Zeit und kamen infolgedessen auf der gegenüber liegenden Seite nicht wirklich an. Folge: ein verkehrsbehinderndes Getümmel auf der Straße. Nun trieb die Polizei zurück an Land, aber das brauchte seine Zeit. Kaum war die Ordnung wieder hergestellt, klumpten sie sich wieder auf dem Gehsteig und schauten begeistert und erwartungsfroh auf die Ampel und riefen im Sprechchor „Gleich wird's grün!“, was den Polizisten natürlich wie der pure Hohn erschien. [...] Irgendwann gab die Polizei auf, der Bertoldsbrunnen war besetzt. Erste vorsichtige Sitzblockaden, da und dort übermütige Triumphgesänge, aufgeregte Diskussionsrunden, viele Neugierige, wie ich einer war.

Walter Mossmann ist kein Einzelfall. Auch für andere Freiburger Zeitzeugen sind die Fahrpreisdemonstrationen, die am 1. Februar begannen und bis zum 9. Februar andauerten, von zentraler Bedeutung. Während für die einen der Happening-Charakter der Fahrpreisedemonstrationen im Zentrum der Erinnerung steht, ist es für andere die Gewal-

terierung und eine damit verbundene Distanzierung von den Institutionen der parlamentarischen Demokratie: Im Verlauf der Ereignisse kam es erstmalig in Baden-Württemberg zu einem Einsatz von Wasserwerfern und zu einem massiven Schlagstockeinsatz, um die Bertoldstrasse wieder für den Verkehr freizumachen.



1 | Demonstration gegen Straßenbahntarife in Freiburg – Sitzende Demonstranten auf der Kreuzung Bertoldsbrunnen, 1. Februar 1968.

Vorlage: Landesarchiv StAF W 134, Nr. 085232c, Aufnahme: Willy Pragher

Historischer Hintergrund

Das Jahr 1968 steht in der kollektiven Erinnerung für eine globale Jugendbewegung mit Themen wie dem Einsatz für Bürgerrechte, gegen autoritäre Erziehungsformen, gegen den Vietnamkrieg, aber auch regionalen und nationalen Besonderheiten wie in Deutschland etwa die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit oder die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung. Sie wird verbunden mit einem grundlegenden Wertewandel, der noch heute je nach politischem Standpunkt unterschiedlich bewertet wird. In der historischen Forschung wird der *kurze Sommer der Anarchie* (Enzensberger), der allerdings gute 18 Monate dauerte, unter den Stichworten Liberalisierung, Demokratisierung oder Modernisierung eingeordnet in einen umfassenden, in den langen 1960er Jahre stattfindenden Normen- und Wertewandel. In der historischen Forschung erscheint die 68er-Bewegung weniger als Initiator, sondern vielmehr als Getriebene und Katalysator des Wandels.

In Deutschland brachte die Ermordung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 in Berlin die Bündelung, Dynamisierung und räumliche Ausweitung der Proteste von West-Berlin auf Westdeutschland mit sich. Demonstrationen, Teach-ins, Sit-ins und ähnliche Aktionsformen waren plötzlich keine Angelegenheit iso-

lierter Gruppen. Dabei kommt den Medien eine besondere Rolle zu: Das, was wir heute als 68er-Bewegung fassen, ist zu einem Gutteil ein Produkt der Medien, wie es auch selbst die Medien veränderte. Während man in der historischen Forschung von langfristigen Wandlungsprozessen spricht, fokussierte die mediale Darstellung auf die Studentenbewegung, die sich von Berlin ausgehend zunehmend zu einer Massenbewegung ausweitete. So rief auch der linksliberal orientierte Freiburger ASTA auf einem Flugblatt zu einer Demonstration am 6. Juni auf, zu der etwa 1.000 Demonstranten kamen. Dynamik gewann die Bewegung in Freiburg aber aus einem lokalen Ereignis heraus: aus dem Protest gegen Fahrpreiserhöhung.

Der Protest gegen die Fahrpreiserhöhung in Freiburg

Der Freiburger Gemeinderat am 12. Dezember 1967 hatte nach einer langen Debatte eine Erhöhung der Fahrpreise beschlossen. Die Fahrpreiserhöhung sollte am 1. Februar 1968 umgesetzt werden. Wie in anderen Städten arbeiteten die Freiburger Verkehrsbetriebe nicht kostendeckend, gleichzeitig stand für 1968 nicht zuletzt aufgrund der Einführung der Mehrwertsteuer eine weitere Kostensteigerung an. Der Einzelfahrschein für Erwachsene sollte sich daher von 50 auf 70 Pfennig, für Kinder von 30 auf 40

Pfennig verteuern. Gleichzeitig wurde die Altersgrenze für Kinder von 14 auf 12 gesenkt. Die Badische Zeitung berichtete am 13. Dezember darüber.

Entscheidend für die politische Mobilisierung der Freiburger Schüler- und Studentenschaft waren die v. a. von Jugendlichen getragenen Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen in Bremen, die in den Medien breiten Widerhall fanden. Die Proteste begannen dort am 15. Januar 1968 zunächst friedlich und eskalierten dann aber im Verlauf der nächsten Tage zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und der einen harten Kurs verfolgenden Polizei. Nachdem sich Teile der Stahlarbeiter auf einer IG-Metall-Konferenz mit den Jugendlichen solidarisierte und die Gewerkschaften begannen Druck auszuüben, nahm die Bremer Bürgerschaft die Preiserhöhung zurück.

Diese Ereignisse wurden auch in Freiburg aufmerksam beobachtet. Die Badische Zeitung berichtete. Die Freiburger Verkehrsbetriebe wurden initiativ und wandten sich an die Stadtverwaltung: *Es ist wohl nicht anzunehmen, dass in Freiburg die Schüler und Lehrlinge den Betrieb stören werden. Es könnte aber sein, dass von Seiten eines Teils der Studenten nach dem Beispiel Bremen ähnliches versucht wird.* Auch eine Gegenstrategie wurde vorgeschlagen: *Man könnte hier die bevorstehende Faschingszeit ausnutzen: Wenn sich jüngere Menschen auf*



2 | Demonstration gegen Straßenbahntarife in Freiburg – Diskussion an Lautsprecherwagen vor Rathaus mit Oberbürgermeister Keidel und Bürgermeister Heidel, 1. Februar 1968.

Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Nr. 085238f, Aufnahme: Willy Pragher

3 | Demonstration gegen Straßenbahntarife in Freiburg – Polizeikordon in der Bertoldstraße, 9. Februar 1968.

Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Nr. 085241d, Aufnahme: Willy Pragher



Schienen bzw. Straßen setzen nicht gleich Polizei, sondern Lautsprecherwagen mit moderner Tanzmusik. Kurze, launige Ansprache: Beim Sitzen auf der Straße frieren auch junge Leute. Wenn vor den Wagen getanzt wird, können diese auch nicht fahren. Dann Tanzmusik. Damit könnten Spitzen gebrochen und alles mehr in das Humorige verbogen werden (Dok.-Nr. 8897). Auch das Ordnungsamt hielt Demonstrationen von Studenten für wahrscheinlich. Um Konflikte zu vermeiden und materiellen Schaden abzuwenden wurde daher am 25. Januar die Fahrpreiserhöhung auf den 1. März und damit in die Semesterferien gelegt, um die Mobilisierung der Studentenschaft zu erschweren. Diese Verschiebung wurde aber in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Inspiziert von den Bremer Ereignissen wurden vor allem Jugendliche aktiv. Schüler verschiedener Freiburger Gymnasien trafen sich mit der Direktion der Verkehrsbetriebe, um über die Fahrpreiserhöhung zu diskutieren. Der Studentenrat formulierte am 31. Januar seine Position. Die Tarifierhöhungen seien nicht gerechtfertigt, daher habe er Verständnis für Protestaktionen. Gleichzeitig wird in diesem Flugblatt deutlich, dass die inhaltlichen Diskussionen auch grundlegende Fragen der Gesellschaft in den Blick nahmen: *Öffentliche Verkehrsbetriebe müssen nicht rentabel ein. Die Öffentlichkeit zahlt ja gerade dafür Steu-*

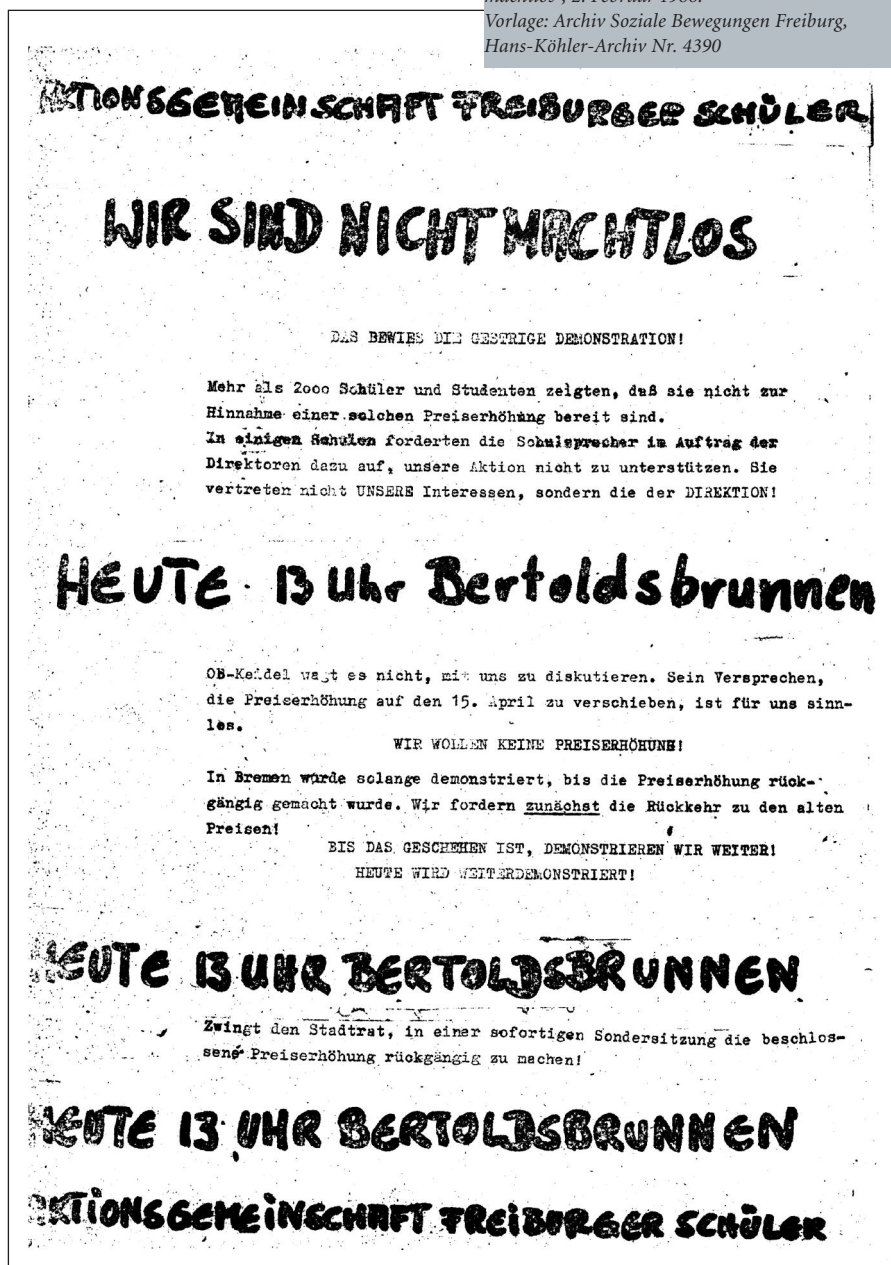
ern, um solche gemeinnützigen Einrichtungen zu finanzieren. Deshalb müssten in seiner sozialen Demokratie die Benutzung von Straßenbahnen und Bussen gebührenfrei sein (Dok.-Nr. 3137).

Mit Flugblättern und Plakaten rief eine Aktionsgemeinschaft sozialistisch organisierter Schüler, Studenten und Lehrlinge zu Protesten gegen die Fahrpreiserhöhung an den Schulen und Universitäten auf. Deutlich wird, dass sich die Initiatoren des Protests um die Solidarisierung mit anderen Bevölkerungsgruppen bemühten: *Wenn jetzt die Straßenbahnpreise erhöht werden sollen, dann sind die Betroffenen vor allem. Arbeiter, Rentner, Hausfrauen, Schüler und Studenten. Wieder einmal zahlt die breite Masse die Zeche: SIE, die Arbeiter und Angestellte, WIR, die Schüler und Studenten* (Dok.-Nr. 9204).

Am 1. Februar blockierten dann nach Angaben der Polizei ca. 2.000 Schüler und Studenten den Bertoldsbrunnen. Der SDS-Aktivist Michael Moos, den die Polizei als Initiator der Demonstrationen ausmachte, rief mit einem Megaphon dazu auf, auf der Straße zu bleiben. Bis zum Abend zogen dann die Demonstrationen auf der Kaiser-Joseph-Straße zwischen Bertoldsbrunnen und Siegesdenkmal hin und her, wodurch der gesamte Freiburger Durchgangsverkehr lahmgelegt wurde. Der Stadtrat Dr. Fülgraff, der sich im Gemeinderat gegen die Erhöhung ausgesprochen hatte, bemühte sich

darum, mit den Demonstranten ins Gespräch zu kommen. Diese bestanden aber darauf, direkt mit dem Oberbürgermeister Dr. Keidel am Bertoldsbrunnen zu sprechen. Zu einem Gespräch kam es auch, aber auf dem Rathausplatz. Gegen 19.30 Uhr endeten die Demonstrationen, nachdem der Oberbürgermeister zugesichert hatte, dass der Gemeinderat sich erneut mit den Fahrpreiserhöhungen befassen werde. Trotz dieses Erfolges wurde zu einer Demonstration am folgenden Tag aufgerufen. Jetzt kamen die Schüler zum Zuge. Die Aktionsgemeinschaft Freiburger Schüler verteilte vor den Schulen am Freitagmorgen folgendes Flugblatt: *Wir sind nicht machtlos. Das bewies die gestrige Demonstration. Mehr als 2.000 Schüler zeigten, dass sie nicht zur Hinnahme einer solchen Preiserhöhung bereit sind. [...] Heute 13 Uhr am Bertoldsbrunnen! OB Keidel wagt es nicht, mit uns zu diskutieren. Wir fordern zunächst die Rückkehr zu den alten Preisen. BIS DAS GESCHEHEN IST, DEMONSTRIEREN WIR WEITER! HEUTE WIRD WEITERDEMONSTRIERT!* (Material 4).

Diesem Aufruf folgten dann 600–800 Schüler und Studenten am Bertoldsbrunnen und legten ab 13 Uhr den Verkehr wieder lahm. Nachdem ihnen durch zwei Stadträte und einen SPD-Bundestagsabgeordneten zugesichert wurde, das Thema am kommenden Dienstag im Stadtrat wieder zur Sprache



zu bringen, löste sich die Versammlung gegen 15 Uhr auf. Der Gemeinderat fasste sich in der Tat am Dienstag, 6. Februar, nochmals mit der Frage der Fahrpreise. In der Sitzung erklärte Oberbürgermeister Dr. Keidel aber, dass keine neuen Sachargumente vorliegen, die eine erneute Beschlussfassung nötig machen würde. Die vor dem Rathaus versammelten Demonstranten (ca. 700) waren empört über den Verlauf der Sitzung und vor allem über die ausbleibende Übertragung per Lautsprecher. Gegen 18.30 blockierten sie daher erneut bis gegen 20 Uhr den Verkehr am Bertoldsbrunnen.

Für die Aktionsgemeinschaft gegen Fahrpreiserhöhungen war klar, dass am Mittwoch erneut demonstriert werden müsse. Die Stadtverwaltung betrachtete die Angelegenheit dagegen als erledigt

und untersagte daher unter Verweis auf die fehlende Genehmigung die Fortsetzung der Versammlungen. Die Freiburger Polizei, inzwischen durch auswärtige Einheiten aus verschiedenen baden-württembergischen Städten verstärkt, wurde angewiesen zu räumen. Die Blockaden wurden zwar beim Anrücken der Polizei langsam aufgegeben, aber gleich darauf an anderer Stelle fortgesetzt. Gegen diese Taktik konnten auch die erstmals in Baden-Württemberg eingesetzten Wasserwerfer nichts ausrichten. Diese für die Polizei und für die Bürger gleichermaßen neue Vorgehensweise hatte zumindest am Mittwoch trotz der kühlen Temperaturen zunächst fast Volksfestcharakter. *Die in Freiburg unbekanntenen Wasserwerfer zogen viele Zuschauer an, so dass die Zuschauermenge*

rasch anwuchs. Die Polizeidusche wurde von den Demonstranten mit Gejohle, Gelächter und Beifall quittiert. Teilweise wurden die Wasserwerfer mit Eiern beworfen. Andere Demonstranten reichten den Polizeibeamten Blumen und Konfekt oder umhängten sie mit Papierschlängen. Ein Durchreisender habe das Treiben mit der Frage kommentiert: *Ist das die Freiburger Fastnacht?* (Dok.-Nr. 8994). Doch das war nur die eine Seite der Medaille. Im Laufe des Einsatzes wurden 15 Personen vorläufig festgenommen, ein Lautsprecherwagen beschlagnahmt, vier Schaufensterscheiben beim Einsatz der Wasserwerfer von der zurückweichenden Menge eingedrückt, aus Häusern und der Menge vereinzelt Eier gegen Beamte und Dienstfahrzeuge geworfen, mehrere Sperrgitter und Sitzbänke quer auf die Fahrbahn gestellt.

Währenddessen versuchte der Studentenrat im Theatersaal der Alten Uni eine ordentliche Sitzung abzuhalten. Diese wurde immer wieder unterbrochen und dauerte von 11.05 Uhr bis nachts um 3.30 Uhr. Immer wieder stand die Frage im Raum, vor der Haftanstalt am Holzmarkt zu demonstrieren, in der die während der Demonstration Verhafteten gebracht worden war. In der Stadt verbreitete sich das Gerücht, das dann auch seinen Weg in die überregionale und internationale Presse fand, das geplant sei, die Haftanstalt zu stürmen. Der aus Deeskalation bedachte Polizeirat Albert Meier eilte daraufhin aus dem Bett in die Alte Uni, um mit den Studierenden über das weitere Vorgehen zu beraten. Mitten in der Nacht standen dann ca. 50 Demonstranten am Holzmarktplatz. Laut Polizeibericht kam es außer Sprechchören zu keinen weiteren Ordnungswidrigkeiten. Am folgenden Tag kam es erneut zu Demonstrationen.

Die Landespolizeidirektion beschloss, in die Freiburger Vorgänge einzugreifen. Es sollte sich nicht wiederholen, dass eine verbotene Demonstration stundenlang den Verkehr blockierte. Da die Demonstranten flexibel auf das Vorgehen der Polizei reagierten, gelang dies am Donnerstag nicht. Daraufhin wurde der Polizeirat Maier, der den persönlichen Kontakt zu den Studenten gesucht hatte, durch den Konstanzer Polizeirat Stehter abgelöst. Innerhalb der Polizei bestanden massive Differenzen bezüglich des angemessenen Vorgehens, insbesondere bezüglich des Einsatzes von Schlagstöcken.

Ähnlich wie in Bremen setzte der neue Einsatzleiter für den sechsten Blockadetag auf einen harten Polizeieinsatz.

Nachdem der Einsatz von Wasserwerfern – verbunden mit einem hohen Personaleinsatz und kombiniert mit dem Einsatz von Marschmusik aus Lautsprechern – zu keinem dauerhaften Erfolg gegen die jugendlichen Demonstranten führte, wurde schließlich ab 16 Uhr der Einsatz von Schlagstöcken freigegeben und die Bertoldstrasse von Demonstranten geräumt. Letztlich endete der Nachmittag im Chaos. Wasserwerfer beschädigten Geschäfte in der Innenstadt, zahlreiche unbeteiligte Passanten gerieten in die Auseinandersetzungen und kamen zu Schaden. Ein Theologiestudent wurde bei einem Schlagstockeinsatz schwer verletzt.

Bereits vor dieser Eskalation hatte die *Aktionsgemeinschaft Demokratischer Schüler und Studenten* an diesem Abend zu einem *Hearing* ins Haus der Jugend geladen. Demonstranten sollten dort mit Bürgermeister und Stadträten diskutieren. Nach den Straßenkämpfen des Tages fanden sich am Abend 1.500 der Konfliktgegner, darunter auch der Oberbürgermeister Dr. Keidel und einige Stadträte, zur Diskussion ein. Erst diese Versammlung, in der es zu einem heftigen verbalen Schlagabtausch kam, konnte die Situation befrieden. Man einigte sich darauf, dass der Stadtrat die Angelegenheit erneut in einer Sitzung behandeln solle, die – diese Zusicherung war den Jugendlichen angesichts des vorausgegangenen Dienstags besonders wichtig – per Lautsprecher auf den Rathausplatz übertragen werden solle. Im Gegenzug sicherte man zu, dass es bis zu dieser Sitzung zu keinen weiteren Demonstrationen kommen solle. Eine knappe Woche später begann am Nachmittag des 15. Februars die öffentliche Gemeinderatssitzung. Diesmal wurde die Debatte über Lautsprecher auf den Rathaus- und Münsterplatz übertragen und von zahlreichen Jugendlichen, aber auch älteren Bürger trotz des schlechten Wetters gespannt, aber friedlich verfolgt. Auch Vertreter des DGB, des ASTA und der Schüler bekamen die Gelegenheit, Stellung zu beziehen. Der Gemeinderat beschloss dann nach fünfstündiger Debatte, die Tarife wie geplant zum 1. März zu erhöhen und um kleinere soziale Vergünstigungen zu ergänzen. Die Demonstranten konnten sich – anders in Bremen – mit

Aufruf an die Freiburger Bevölkerung

Die Polizei hat sich in den vergangenen Tagen bemüht, den wilden Demonstrationen mit aller nur denkbaren Zurückhaltung zu begegnen. Die Demonstranten haben diese Rücksicht der Polizei mit Schwäche verwechselt. Infolgedessen ist die Innenstadt von Freiburg schon seit Tagen ein Schauplatz unwürdigen Treibens. Die Polizei muß ihren Auftrag, die Ordnung wiederherzustellen, nunmehr mit allem Nachdruck durchsetzen. Es werden deshalb noch einmal alle für die ungesetzlichen Demonstrationen Verantwortlichen dringend aufgefordert, weitere Ordnungsstörungen zu unterlassen.

Ich bitte die Bürgerschaft, insbesondere die Schüler und Jugendlichen den Umtrieben fernzubleiben. Eltern, denkt an Eure Kinder!

Dr. EUGEN KEIDEL
Oberbürgermeister

ihren Forderungen nicht durchsetzen. Dennoch unterblieben weitere Demonstrationen. Am folgenden Tag fanden sich nur wenige Entschlossene am Bertoldsbrunnen ein. Statt zu blockieren, diskutierten sie mit dem Oberbürgermeister. Der SDS verteilte Flugblätter, in denen er zur Teilnahme an der Berliner Vietnamkonferenz aufrief. Am 1. März 1968 konnte dann schließlich die Fahrpreiserhöhung umgesetzt werden. Den Schülern und Studenten war es untersagt worden, zu weiteren Demonstrationen aufzurufen. Die eingesetzten Verkehrspolizisten konnten die 30 bis 40 Protestierenden, die sich dennoch einfanden, erfolgreich von einer neuerlichen Blockade abhalten.

Während der Demonstrationen ließ

sich das Bürgermeisteramt von der Polizei über die Demonstrierenden gut informieren, Listen wurden abgelegt. Vonseiten der Staatsanwaltschaft Freiburg wurden 14 Strafbefehle über Gefängnisstrafen zwischen zwei und fünf Wochen erteilt, die jeweils zur Bewährung ausgesetzt wurden. Zwei Verfahren vor dem Jugendgericht wurden eingeleitet. Die Namen der Studierenden, die während der Demonstrationen als *Rädelsführer* identifiziert wurden, wurden an das Rektorat der Universität weitergeleitet. Auch die Namen von Schülern, die festgenommen worden waren, wurden an die jeweiligen Schulen weitergeleitet. Inwieweit die offenkundig angestrebten Disziplinarstrafen erteilt wurden, kann im Einzelnen nicht festgestellt werden.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Die Tarifgestaltung der Städtischen Verkehrsbetriebe ist seit Tagen mit einer Ursache der Demonstration von Schülern und Studenten. Da ich ein Prestigedenken und raffinierte, schöne Behauptungen ablehne, denn damit ist der Bürgerschaft nicht gedient, muß ich auf folgende Tatsachen hinweisen.

Es ist falsch, wenn behauptet wird, ich sei mit einer Lautsprecherübertragung der Gemeinderatssitzung am 6. Februar 1968 auf den Platz vor dem Rathaus einverstanden gewesen. Um das jährliche Defizit unserer Verkehrsbetriebe mit 4 Millionen DM nicht größer werden zu lassen, müßte nach eingehender Prüfung und zahlreichen Verhandlungen eine Anhebung durchgeführt werden. Diese Anhebung verlangt ebenfalls die Staatsaufsichtsbehörde, da andernfalls keine notwendigen Darlehen zur Vermehrung unserer Verkehrsdarstellungen im Interesse der wachsenden Bevölkerung mehr genehmigt werden. Die nun festgelegte Erhöhung liegt an der untersten Grenze und deckt noch keineswegs das große Defizit von 4 Millionen DM. Wir müssen damit wenigstens einen Ausgleich für die Belastungen durch die traifvertraglich vereinbarten Lohnerhöhungen und durch die Mehrwertsteuer zu erreichen suchen. Die Studenten sollten zur Kenntnis nehmen, daß sie auf Grund der sozialen Einstellung der Bürgerschaft, des Gemeinderates und der Verwaltung nach dem Tarif der Verkehrsbetriebe für eine Monatskarte DM 5,— weniger bezahlen, als die übrigen Einwohner der Stadt. Bei einer Durchschnittszahl von 100 Fahrten im Monat beträgt die Tarifanhebung für Studenten 2 Pfennig, für Schüler 1 Pfennig je Fahrt. Aus der Sicht der Eltern unserer Schuljugend bedaure ich, daß das Land die vor zwei Jahren eingeführte Freifahrt wieder aufhob. Die Stadt Freiburg bezahlt unter Zurückstellung anderer wichtiger Projekte zu jeder Fahrt heute bereits einen Zuschuß von 11 Pfennig. Aus Steuermitteln unserer Bürgerschaft wird das Defizit von 4 Millionen DM getragen. Jeder verant-

wortungsbewußte und mitdenkende Bürger wird diese Leistungen als sozial und im Interesse aller für gerechtfertigt halten.

Unter Abwägung der notwendigen Interessen unserer Bürgerschaft kann ich es nicht vertreten, daß anstelle der beschlossenen maßvollen Anhebung der Verkehrstarife die Gewerbesteuer erhöht wird. Bei der Struktur unserer Stadt würden nicht nur die Gewerbesteuerzahler selbst, sondern alle Beschäftigten und die großen Käuferschichten aus nah und fern den Nachteil haben. Genauso lehne ich es ab, eine weitere Erhöhung der Grundsteuer vorzunehmen. Die große Schicht der Mieter — in Freiburg wohnen 85 % unserer Mitmenschen zur Miete — müßte größere Belastungen durch weiter erhöhte Monatsmieten auf sich nehmen; auch der Grundstückseigentümer würde vor neue Belastungen gestellt. Unsere Sorge gilt Jung und Alt.

Am vergangenen Donnerstag, dem 1. Februar 1968, habe ich mich im Freien auf dem Rathausplatz zu einer bald zweistündigen Diskussion gestellt und mich dabei bereit erklärt, jederzeit mit Abordnungen der Schüler und Studenten sachliche Gespräche zu führen. Darüber hinaus hatte ich am Dienstag, dem 6. Februar, die Vertreter sämtlicher Arbeitnehmerorganisationen und von Industrie, Handel und Gewerbe zu einer über zweistündigen Aussprache ins Rathaus gebeten. Über diese aufrichtige und fruchtbringende Unterhaltung wurde eingehend in der Presse berichtet. Meine tatsächliche Bereitschaft zu Diskussion und sachlichem Gespräch wurde jederzeit bewiesen. Ich weiß mich mit diesen Überlegungen mit der überaus großen Zahl der gutwilligen und verständnisbereiten Mitbürgerinnen und Mitbürger einig und vertraue auf die Überzeugungs- und Durchsetzungskraft sachlicher Gründe.

DR. EUGEN KEIDEL
Oberbürgermeister

Sich Gehör verschaffen – Die Suche der Jugendlichen nach politischer Partizipation

Ohne die Relevanz des Anlasses in Abrede zu stellen, wird doch deutlich, dass Grundsätzlicheres als die Erhöhung der Fahrpreise verhandelt wurde: die Frage nach der angemessenen Form der politischen Partizipation von Jugendlichen – Lehrlingen, Schülern und Studenten, mithin um Anpassungsprozesse der städtischen politischen Kultur.

Seitens der Jugendlichen ging es darum, mit ihren Anliegen Gehör zu finden und im politischen Raum als Gesprächspartnern akzeptiert zu werden.

Immer wieder wird die Diskussion mit Vertretern der Stadt gesucht und eingefordert, die Verweigerung von Diskussion hingegen bitter beklagt. Beispielhaft wird das deutlich an den Äußerungen der Vertreter der Schüler und Studenten auf der in die Stadtöffentlichkeit übertragenen Stadtratssitzung vom 15. Februar 1968. Der Vertreter des ASTA vertrat die Position: *Wenn die Verwaltung die stattgefundenen Demonstrationen verurteilt [...] möge sie dabei bedenke, daß diese für die Betroffenen das einzige Druckmittel waren, das zur Verfügung steht. [...] Die Demonstranten haben sich demokratisch verhalten. Durch die Demonstrationen entstand eine neue Situation, über die der Gemeinderat aber nicht diskutieren wollte. Eine Verschärfung der Proteste war*

die zwangsläufige Folge. Der Oberbürgermeister hat darauf wiederum mit verschärften Polizeieinsatz reagiert. Auch die Vertreterin der Schüler – laut Protokoll ein Fräulein von Gerstorff – dankte zunächst dem Gemeinderat dafür, dass er die Ansichten der Jugend hören möchte. Laut Protokoll machte sie darauf deutlich, dass diese Schüler mit den Tariferhöhungen nicht einverstanden [sind] und daher in bekannter Weise demonstriert [haben]. Es war dies ihr einziges Mittel sich Gehör zu verschaffen. Leider sind die Schüler beim Gemeinderat auf eine oft starre, unnachgiebige und unkluge Haltung gestoßen. Damit sollte klar gemacht werden, daß eine beschlossene Sache nicht rückgängig zu machen ist. Wenn dies tatsächlich so wäre, wäre die gegenwärtige Sitzung eine Farce (Dok.-Nr. 9379).

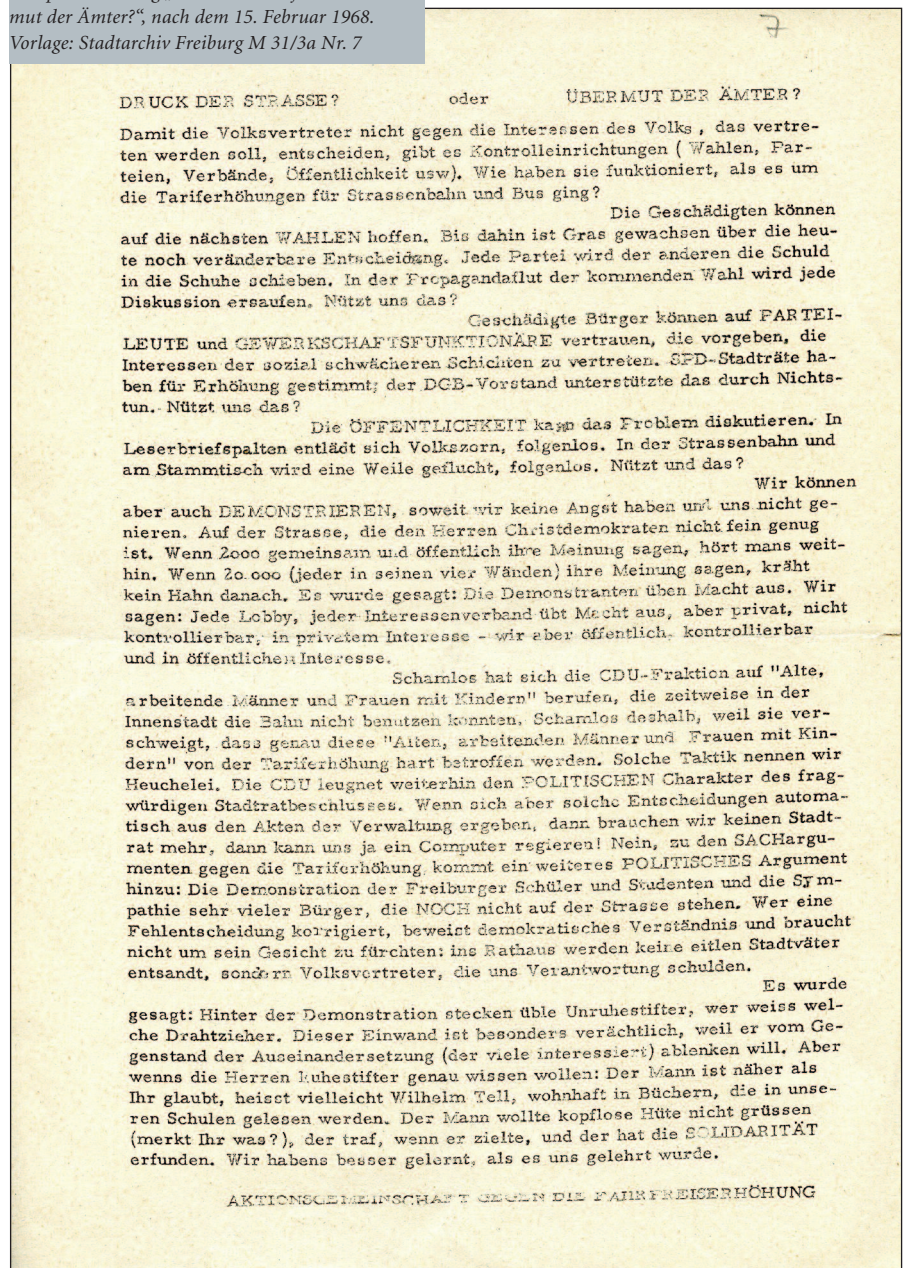
Auch von manchen, die Fahrpreiserhöhung begrüßten und hinter dem Einsatz der Polizei standen, wird das kommunikative Vorgehen der Stadtverwaltung bemängelt. Man hätte, so ein Freiburger Geschäftsmann in einem Leserbrief, mit allen Mitteln der modernen Werbung die Freiburgern über die Notwendigkeit der Erhöhung informieren sollen. In einem Brief an den Oberbürgermeister deutet ein Bürger den Konflikt als Generationenkonflikt, bei der die unterschiedlichen Perspektiven in den Blick genommen müssten. Keidel stehe für die Generation, die *im patriarchalisch-autoritären System der alten Gesellschaftsordnung erzogen wurde, die [...] gezwungen war[en], die Prügelstrafe in der Schule wie das KZ als Realität anzunehmen. Für ihre Generation ist die Wunderdemokratie der Fünfzigerjahre eine Errungenschaft sonder gleichen. Die heutigen Schüler und Studenten sähen dies aber anders. Die gesamte Jugend Westdeutschlands ist heute anders erzogen. Man hat ihr ein Idealbild der Demokratie gemalt, man hat sie mit der Problematik politischer Verantwortung konfrontiert, man ließ sie KZ-Prozesse verfolgen, in welchen fehlende Verantwortung, fehlende selbständige Verantwortlichkeit des Einzelnen gegenüber der grausam harten, autoritären Obrigkeit zur Diskussion standen. Warum begrüßen Sie es nicht, wenn sich diese Jugend engagiert? Warum lassen Sie es zu, daß diese Jugend ihren Mut gegenüber einer Pistolen führenden und Schlagstock-bewaffneten Polizei beweisen muß? Sie tat dies ohne Hysterie mit einer für die Umstände erstaunlichen Disziplin!* (Dok.-Nr. 9109).

Seitens der Stadtverwaltung und auch der Polizei ging es darum, einen Weg zu finden, auf dieses Anliegen einzugehen. Anders als im Bereich der Schulverwaltung scheinen doch zumindest Teile der Verantwortlichen schon auf den Zug der Liberalisierung aufgesprungen zu sein. Auf der einen Seite mussten sich diese wie etwa Oberbürgermeister Dr. Keidel gegen Hardliner durchsetzen, die dagegen waren sich dem *Druck der Straße* zu beugen. Ein Gesichtspunkt, der auch von denjenigen vorgetragen wurde, die sich aus den Erfahrungen während des Nationalsozialismus um eine wehrhafte Demokratie bemühten. So wandte sich etwa der Freiburger Bürgermeister und SPD-Mitglied Dr. Heidel in einen Brief besorgt an Willy Brandt, Vorsitzender der SPD und Vizekanzler: *Es geht in Wirklichkeit auch gar nicht – wie andere vergleichbare Demonstrationen in der Bundesrepublik zeigen – um diese oder jene Erhöhung von Tarifen und Gebühren oder sonstige Nachteile, sondern es geht ganz schlichtweg um Provokation, um die verfassungsgemäße Ordnung zu untergraben. Die Polizei ist tatsächlich und rechtlich kaum in der Lage, gegen die sehr geschickt durchgeführten Demonstrationen vorzugehen. [...] Am Ende der Weimarer Republik wurde die Preußische Regierung von einem Gefreiten mit ein paar Soldaten abgesetzt. [...] Es wird nicht mehr lange gehen, werden diese „go-in“ oder „sit-in“ oder andere „in“ Landesminister und Bürgermeister absetzen. Er forderte daher Brandt auf, sich für gesetzliche Änderungen einzusetzen, die es ermöglichen gegen subversive, kriminelle und radikale Elemente mit allem Nachdruck und Entschiedenheit vorzugehen (Dok.-Nr. 8979).*

Oberbürgermeister Keidel vertrat hier eine andere Position, ohne eine paternalistische Grundhaltung aufzugeben. In seiner Rede vor dem Stadtrat am 15. Februar erläuterte er sachlich die Handlungsspielräume der Stadt, zudem sein Verständnis einer politischen Kultur innerhalb der Stadt, die den Erfordernissen einer repräsentativen Demokratie entspricht. Deutlich wird sein Bemühen, den Jugendlichen den Eindruck zu geben, sie ernst zu nehmen, dies äußert sich nicht zuletzt darin, diejenigen, die außerhalb des Sitzungssaals der Debatte per Lautsprecher folgen, gezielt anzusprechen. *Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, dass die Zuhörer dieser Lautsprecherübertragung soviel demokratische*

Fairness haben, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und die Ergebnisse entsprechend den demokratischen Spielregeln zu akzeptieren. In seinen Ausführungen fällt besonders auf, dass er viel Wert darauf legt, die unterschiedlichen finanziellen und politischen Handlungsspielräume von Bremen und Freiburg voneinander abzugrenzen. Er grenzt weiter einen guten von einem schlechten Weg der Konfliktlösung ab, wobei eine auf Verantwortung und Vernunft basierende Konfliktlösung einem Weg der Gewalt gegenüberstellt. Gewalt wird zwar auch implizit mit den Demonstranten in Verbindung gebracht, explizit aber nur mit den von ihm selbst angeforderten polizeilichen Maßnahmen. *Als Oberbürgermeister für das Wohl und Wehe dieser*

Stadt verantwortlich und vor allem als Demokrat glaube ich aber nicht, daß das friedliche Zusammenleben der Bürger durch verschärfte polizeiliche Gewaltanwendung – und sei es auch nur gegenüber einer Minderheit – garantiert werden kann. Ich bin vielmehr der Auffassung, daß die Überzeugung der Politiker mehr erreicht. Der Einsatz der Polizei – vor allem der Einsatz des Polizeiknüppels kann nur das allerletzte Mittel sein, d. h. dann, wenn polizeiliche Maßnahmen und politisches Wollen es nicht vermochten, eine undemokratische Minderheit von der Rechtsstaatlichkeit des politischen Vorgehens zu überzeugen. Da die Jugendliche durch die im Haus der Jugend getroffene Vereinbarung die Wiedereinkehr von Ruhe und Ordnung in die Stadt ermög-



licht hätten, sieht er die Möglichkeit, daß ein sachliches und gewissenhaftes Überlegen mit dieser Jugend möglich ist, daß es möglich bleibt, den Vorrang der Politik vor der Lösung der Gewalt aufrecht zu halten. Er schließt dann mit einem Appell an die Jugendlichen im Sitzungssaal und auf den öffentlichen Plätzen: *Aber die Demonstranten der letzten Woche bitte ich zu bedenken, daß eine rücksichtslose und ungeordnete, d. h. nicht auf den Wegen der rechtlichen und gesetzlichen Möglichkeiten beruhende Durchsetzung ihres Gruppeninteresses, die demokratische Grundordnung in Gefahr bringt. Die demokratische Ordnung kann nicht durch Druck und Gegendruck gewährleistet werden, sondern nur durch politische Verantwortung. Der Freiburger Stadtrat will durch diese Sitzung seine Bereitschaft zur politischen Vernunft vor jeglicher Lösung der Gewalt unter Beweis stellen* (Dok.-Nr. 9379, Anlage 3).

Die Jugendlichen akzeptierten nun in der Tat die Entscheidung trotz der Enttäuschung, mit ihren Forderungen nicht durchgedrungen zu sein. Aber die Ereignisse des Februars hatten einen Damm gebrochen. Einmischung und Revolte wurden erprobt und gehörten seitdem zum Alltag, die Kämpfe wurden zu anderen Themen fortgesetzt. Schwerpunkt blieb in Freiburg die Mobilisierung gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Fortan entzündete sich der außerparlamentarische, soziale Protest an anderen Themen: Anfang der 70er Jahre wurde in Freiburg erste Häuser besetzt, in Wyhl am Kaiserstuhl wurde in einem langen Kampf der Bau eines Kernkraftwerks verhindert. *Die Aktivisten der Bewegungen wechselten zum Teil, doch Erfahrungen wurden weitergegeben.* (Müller)

Verwendung im Unterricht

Im Bildungsplan 2016 ist für die Klasse 9 folgender Bildungsstandard ausgewiesen, in der die Behandlung der Fahrpreisproteste zu verordnen ist: „Liberalisierungsprozesse und Emanzipationsbewegungen in der BRD und weltweit in den 1960er und 1970er Jahren charakterisieren und bewerten („1968“, Wertewandel: alternative Lebensformen, Pluralisierung).“

Als Einstieg können die drei Fotografien verwendet werden, um Fragen nach den Gründen für die Demonstrationen und für die Eskalation zu provozieren. Diese sollten dann im Folgenden erarbeitet werden. Eine handlungsorientierte Herangehensweise wäre die Gestaltung einer Podiumsdiskussion. Eine Gruppe könnte die Position der Stadtverwaltung übernehmen, eine weitere die der Schüler und Studenten. Die Moderatorengruppe könnte die Position eines Redakteurs der Badischen Zeitung vorbereiten. Materialgrundlage wären jeweils die Flugblätter des Oberbürgermeisters bzw. der Aktionsgemeinschaft. Sollte die Schule über die DVD von Lars Müller verfügen, könnten auch weitere Gruppen erarbeitet werden. Ergänzend können neben den Informationen des Artikels die knappen Darstellungen der Freiburger Fahrpreisdemonstrationen von Lars Müller (Freiburger Kämpfe 1968 gegen Fahrpreiserhöhungen) bzw. Bernd Hainmüller (Gleich wird's grün), die sich im Internet finden, genutzt werden. In einer abschließenden Urteilsbildungsphase sollten Bezüge zu rezenten gewaltförmigen Auseinandersetzungen wie in Hamburg oder in Schorndorf 2017 seitens der Lehrkraft hergestellt werden.

Die Quellengaben hinter den Zitaten beziehen sich auf die vom Archiv Soziale Bewegungen und dem Stadtarchiv Freiburg herausgegebene CD-ROM „Gleich wird's grün“.

Literatur

NORBERT FREI: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest. München 2008.

TORSTEN GASS-BOLM: Das Gymnasium 1945–1980. Bildungsreform und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland. Göttingen 2005.

BERND HAINMÜLLER: Gleich wird's grün – Freiburgs erster Nachkriegsprotest 1968. <http://hainmueller.de/publikationen/die-proteste-gegen-die-fahrpreiserhoehung-februar-1968.html> (aufgerufen am 20.06.2017).

DETLEF MICHELERS: Draufhauen, Draufhauen, Nachsetzen! Die Bremer Schülerbewegung, die Straßenbahndemonstrationen und ihre Folgen 1967/70. Bremen 2002.

WALTER MOSSMANN: realistisch sein: das unmögliche verlangen. Wahrheits-treu gefälschte Erinnerungen. Berlin 2009, hier S. 96–98.

LARS MÜLLER: Gleich wird's grün. Freiburger Fahrpreiskämpfe 1968 (CD-ROM mit Beiheft). Freiburg 2003.

LARS MÜLLER: Freiburger Kämpfe 1968 gegen Fahrpreiserhöhungen. 2003. <http://www.stattweb.de/baseportal/ArchivDetail&db=Archiv&Id=232> (aufgerufen am 28.07.2017).

DETLEF SIEGFRIED: Was war „1968“? Globale Jugendrebellion, generationeller Wandel und postindustrielle Gesellschaft – eine Kulturrevolution? In: Ders. (Hg.): Sound der Revolte. Studien zur Kulturrevolution um 1968. Weinheim/München 2008. S. 31–56.

Götz Distelrath ist Landeskundebeauftragter des Kultusministeriums Baden-Württemberg im Regierungsbezirk Freiburg und Gymnasiallehrer in Müllheim.